



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

**Statement anlässlich der Pressekonferenz
zum Frankfurter Appell der IG Metall**

Frankfurt, 17. März 2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Berthold Huber hat deutlich gemacht, dass wir es mit einer Systemkrise, ja mit einem Systeminfarkt zu tun haben. Die Vorschläge und Forderungen der IG Metall für einen sozialen, demokratischen und ökologischen Zukunftsvertrag hat Ihnen der Erste Vorsitzende der IG Metall vorgestellt.

Diese gesellschaftspolitische Dimension flankieren wir mit einer Offensive für aktive Beschäftigungs- und Zukunftssicherung in den Betrieben.

Zurzeit findet in Unternehmen Personalabbau zulasten von befristet Beschäftigten und Leiharbeitnehmern statt.

Das ist eine Schande!

Wären die Arbeitsplätze der Leiharbeiter auch arbeitsrechtlich dort angesiedelt worden, wo sie entstanden sind, nämlich in den produzierenden Unternehmen und nicht in der Leiharbeitsfirma, dann hätten auch für diese Arbeitnehmer andere Schutzmechanismen gegolten.

Darüber hinaus werden Arbeitszeitkonten abgebaut und Kurzarbeit wird genutzt. Damit diese Maßnahmen nicht in Massenentlassungen übergehen, muss jetzt entschlossen gehandelt werden.

Das Ziel unserer betriebspolitischen Offensive ist klar: „Keine Entlassungen in der Krise“!

Wir wollen in möglichst vielen Firmen Beschäftigungs- und Zukunftssicherungsvereinbarungen abschließen.

Dabei werden wir den Spieß mal umdrehen. Es ist in den vergangenen Jahren an der Tagesordnung gewesen, Zugeständnisse von Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu verlangen.

Jetzt fordern wir von den Arbeitgebern finanzielle Beiträge zur Beschäftigungssicherung und für Investitionen in die Zukunft.

Ziel dieser vertraglichen Vereinbarungen sind faire, solidarische Lösungen, die alle Beschäftigten an Bord halten.

Es kann darum gehen,

- vorübergehend die Arbeitszeit abzusenken
- betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen
- die richtige Qualifizierung zu organisieren
- Ausbildungskapazitäten beizubehalten
- Regelungen zur Leiharbeit für die Zeit nach der Krise zu erreichen
- oder „Besser statt Billiger“ – Regelungen zu vereinbaren

– um nur einige Beispiele zu nennen. Der Kreativität für Lösungen mit Zukunft sind keine Grenzen gesetzt.

All das wird die IG Metall unter Beteiligung unserer Mitglieder und der Beschäftigten organisieren.

Denn alle Erfahrung zeigt: Nur durch Beteiligung können wir gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht entwickeln.

Und wenn es sein muss, gehen wir in den Konflikt! Das gilt insbesondere dann, wenn Unternehmen nicht bereit sind, Lösungen für Zukunft und Beschäftigung mit uns zu erarbeiten.

Wenn sie einseitig Fakten schaffen, wenn sie Entlassungen und Verlagerungen vorbereiten, wenn sie die Entgelterhöhungen der letzten Tarifrunde nicht übernehmen wollen oder Pforzheim-Verträge [also bestehende Zukunftsverträge] aufkündigen, dann werden wir die Auseinandersetzung führen.

Viele Unternehmen haben über Jahre exzellent verdient. Die Beschäftigten haben das möglich gemacht.

Jetzt haben wir zwölf Wochen Krise. Da erwarten wir, dass der Unternehmensführung mehr einfällt als die bekannten Rezepte: entlassen, verlagern, Leistungs- und Kostenschraube anziehen.

In diesen Fällen werden wir sofort offensiv und konfliktorisch auftreten.

Belegschaftsinformationen, Mitgliederversammlungen, inner- und außerbetriebliche Aktionen und regionale Kundgebungen sind bewährte Mittel zur Mobilisierung gegen Unternehmensentscheidungen und für unsere Alternativen.

Kurzum: Wir werden alle Ansätze zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und von betriebsbedingten Kündigungen durch die Unternehmen offensiv, beteiligungsorientiert und konfliktorisch bekämpfen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ebenso wichtig wie jetzt entschlossenes Handeln zur Bewältigung der Krise ist, ist es, die Ursachen der Krise öffentlich aufzuarbeiten und aus den Fehlern zu lernen. Es müssen, wenn Sie so wollen, Roß und Reiter öffentlich benannt werden. Das erwarten die Menschen und sie erwarten das zurecht.

Für uns steht fest: Diese Krise ist weder vom Himmel gefallen noch ist sie ein schicksalhafter Naturereignis.

Nicht allein die Mechanismen der Marktwirtschaft oder der Finanzmärkte haben versagt.

Die Krise ist im Kern das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft. „Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite“ hat sich nach und nach zur bestimmenden Maxime allen wirtschaftlichen Handelns entwickelt.

Daran haben nicht nur Banken und Unternehmen mitgewirkt. Mit anderen Worten: Die Krise ist auch das Ergebnis menschlichen Willens und Handelns. Gesellschaftliche Akteure haben sie verursacht oder sie haben dazu beigetragen.

Mein Eindruck ist: Bisher gibt es noch keine wirklich substanzielle öffentliche Diskussion über Ursachen, Konsequenzen und Lehren aus der Wirtschaftskrise.

Weite Teile der Eliten in dieser Gesellschaft üben sich entweder in Zurückhaltung oder bleiben den Menschen bisher jedenfalls Antworten schuldig.

Das ist nicht hinnehmbar. Denn Antworten sind längst überfällig.

Wir wollen eine solche gesellschaftliche und politische Debatte anstoßen. Dazu soll der Frankfurter Appell der IG Metall „Verantwortung übernehmen“ beitragen.

Unser Appell richtet sich an die Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen, dass sie Verantwortung für die Krise übernehmen:

1. Deshalb appellieren wir an die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages**:
Richten sie einen Untersuchungsausschuss „Finanzmarktkrise“ ein, um Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen der Krise zu untersuchen und zu dokumentieren. Ein solcher Ausschuss muss auch die notwendigen politischen Schlussfolgerungen ziehen.
2. An die **Vorstände der Banken** geht unser Appell: Entschuldigen Sie sich öffentlich bei den Menschen für Ihr Handeln und wirken Sie an einer demokratischen Regulierung der Finanzmärkte mit und stellen Sie die Finanzierung der Unternehmen sicher.
3. An die **Vorstände der Unternehmen** appellieren wir, Lehren aus der gefährlichen Shareholder-Orientierung zu ziehen und ihre Unternehmensstrategien auf langfristige Ziele unter Wahrung nachhaltiger, sozialer und ökologischer Kriterien und auf die Sicherung von Arbeitsplätzen auszurichten.
4. An die **Arbeitgeberverbände**: Stellen Sie endlich die Manipulationsfabrik „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, mit der Sie die gescheiterten Konzepte des Neoliberalismus verbreitet haben, ein.

5. Auch Teile der **Journalisten und Publizisten** müssen Verantwortung für die Entwicklung der letzten Jahre übernehmen. Unser Appell an Sie lautet:
Leisten sie kritische Beiträge, legen Sie den Finger weiter in die Wunde,
richten sie das Augenmerk auf die Interessen der öffentlichen Akteure
6. und zuletzt geht unser Appell an Teile der **Wissenschaft**: Wissenschaftliche Unabhängigkeit ist ein hohes Gut. Um sie sicher zu stellen, muss die Wissenschaft einen neuen Verhaltens- und Transparenzkodex entwickeln. Es geht vor allem darum, die öffentliche und private Finanzierung der Forschung offenzulegen.

Wir fordern all jene Kräfte in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die zum Ausbruch der Krise beigetragen oder das politische und ideologische Feld dafür bereitet haben auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.